

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 10

Artikel: Lugano : nur eine Etappe : zum Text der Kommissionsminderheit
Autor: Tanner, Jakob / Gross, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339897>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

● Die Begrifflichkeit ist fahrig und zufällig, auch widersprüchlich. Das und die Sprache, die sehr unpräzise ist, sind nicht Zufälligkeiten. Sie sind Ausdruck der geistigen Konzeptionslosigkeit. Damit bleibt das Papier weit unter dem intellektuellen Anspruch der Kommission. Es verarbeitet denn auch nicht die Gedanken, welche trotz allem zahlreich während der Sitzungen zum Ausdruck gebracht worden sind. Obwohl es simpel ist, bleibt das Papier schwer verständlich. Aus dieser Sprache folgt denn auch der eintönig, freudlose Zug des Papiers, das niemanden motivieren kann.

● Die Ausbeute an konkreten, praktischen Handlungsansätzen ist gering.

● Selbstverwaltung degenerierte zu einem wenig bedeutenden Nebenaspekt, obwohl sich der Parteitag eine Konkretisierung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Sozialpolitik, staatliche Elektrizitätswirtschaft, Finanzwirtschaft, Multinationale Konzerne) erhofft hat.

● Wichtige Grundsatzfragen bleiben offen: Zum Beispiel die Frage, warum Demokratie unter den Machtverhältnissen des wirtschaftlichen «Liberalismus» nicht funktioniert (hier ist eine der Ursachen für kommissionsinterne Diskussion über den Begriff Demokratisierung zu finden). Hinterher gehört auch die Frage, welche Industrie mit welcher Technologie ökologisch vertretbar und auch im Hinblick auf unseren Selbstverwaltungsanspruch erstrebbar ist.

Antworten auf dringendste aktuelle Probleme fehlen, wie: Strukturelle Arbeitslosigkeit, Friedensproblematik. Ebenso, weshalb der Kapitalismus repressiv wird, wenn er sich in Bedrängnis fühlt, und welche Strategie die Linke dagegen verwirklichen muss.

● Strategisch («Arbeitsformen») lässt der Entwurf alles offen, stellt alle Möglichkeiten nebeneinander, überlässt damit jeden seiner heutigen Hilflosigkeit, statt argumentativ Prioritäten zu entwickeln und damit gemeinsame Auswege aufzuzeigen.

● Es wird nirgends aufgeführt, worin Selbstverwaltung sich unterscheidet zwischen Gesellschaftsformen, die auf Verstaatlichung gründen. So bleibt das wichtige Merkmal des Dritten Weges diffus. Ebenso kommt seine neue Qualität nicht zum Ausdruck, weil der Eindruck erweckt wird, die bis-

herige Entwicklung könne fortgeschrieben werden.»

Die Hinweise gelten für den Text als Ganzes. Sie mögen verdeutlichen, warum wir glauben, dass die Reparatur der einzelnen Kapitel unzureichend ist. Ein Programm muss mehr sein als die Summe seiner unzulänglichen Teile.

Zimmerwald/Bern,
Samstag, den 12.6.82/0230
Verena Bürcher, Zürich; Otto F. Walter, Oberbipp; Arnold Künzli, Basel; Kathrin Fahrländer, Bern; Georges Peters, Lausanne; Jakob Tanner, Zürich; Andreas Gross, Zürich; Bernhard Beroud, Genf.

Jakob Tanner und Andreas Gross

Lugano: Nur eine Etappe

Zum Text der Kommissionsminderheit

Die Ausgangslage ist klar: Dem als «SPS-Dossier» aufgemachten Entwurf der «Mehrheit» der Programm-Kommission steht ein Text einer Gruppe von Kommissionsmitgliedern gegenüber, der sich vom Dossier-Entwurf nicht nur politisch-programmatisch, sondern, in erster Linie hinsichtlich des vorgeschlagenen Vorgehens, für die Programmrevision und bezüglich der Einschätzung der Bedeutung eines Programmes unterscheidet.

Es geht um die Frage, ob in Lugano die Programmdiskussion mit der Annahme des Dossier-Entwurfes noch vor der Eröffnung des Wahlkampfes 1983 beendet werden soll — dies strebt die «Mehrheit» an —, oder ob in Lugano eine weitere Etappe auf dem Weg zu einem neuen Selbstverwaltungsprogramm sein wird, wie das in den Anträgen der «Minderheit» den

Parteitagsdelegierten vorgeschlagen wird.

*Die Weichenstellung
in Interlaken 1981*

Das offizielle Startsignal für die Überholung des SPS-Programmes von 1959 wurde 1976 am Parteitag in Montreux gegeben, als die Delegierten den Beschluss fällten, die SPS müsse sich auf der Grundlage eines «Bruchs mit dem Kapitalismus» programmatisch neu definieren.

Tatsächlich ist die breite Diskussion innerhalb der SPS-Sektionen um das neue SPS-Programm viel jüngeren Datums. Sie setzte innerhalb der Partebasis eigentlich erst ein nach der Publikation des «Roten Büchleins». Diese Selbstverwaltungs-Pionierarbeit der Autorengruppe Bichsel / Künzli / Masnata / Schild / Walter /

Niederhauser wurde Ende 1980 landesweit versandt.

Die Durchsicht der unlängst vom Vorstand der SPS-Fraktion in der Bundesversammlung verabschiedeten Stellungnahme zum «Schwerpunktpapier» der Geschäftsleitung erweckt allerdings den Eindruck, dass diese Diskussion noch nicht bis ins Bundeshaus vorgedrungen ist. Mitte Oktober 1981, am SPS-Parteitag von Interlaken, konnte die Partei trotz allen Auseinandersetzungen um das in aller Eile angefertigte, konturlose und schwache Leitlinien-Papier der Geschäftsleitung, auf Grundsätzliches einigen. Dass die Fortschreibung der Programmgrundsätze von 1959 in eine Sackgasse führt, darüber war sich die grosse Mehrheit der Delegierten einig.

«Eine historische Wende ist fällig. Die Delegierten des Parteitages 1981 in Interlaken erkennen in der Selbstverwaltung im Sinne des Programmwurfes — neben den bisherigen Mitteln der parlamentarischen Demokratie — die Hauptstossrichtung der künftigen Politik der SPS».

Dieser Grundsatz wurde mit grossem Mehr angenommen. Viele hatten das Gefühl, der Einstieg in die Programm-Endrunde sei geglückt. In dieser Aufbruchstimmung wurden 20 Mitglieder der neuen Programmkommission gewählt und ein Terminplan für den weitem Entstehungsprozess des Programmwurfes festgelegt: Breite Vernehmlassung in Sektionen und Kantonalparteien im Sommer 1982; Markanter Schlusspunkt am Parteitag in Lugano.

Das Diktat der Zeitknappheit

Am 19. Dezember 1981 fand schliesslich in den konkordanzimprägnierten Räumlichkeiten des Bundeshauses die konsti-

tuierende Sitzung der 35köpfigen Kommission statt. Der Grundtenor lag auf «Verständigung». Einzelne Votanten liessen durchblicken, gerade dieser Kommission obliege die Aufgabe, die angeschlagene Konsensfähigkeit der Partei wieder einmal zu demonstrieren. Schon damals wurde die Feststellung nicht bestritten, die Kommission könne im Falle unüberwindlicher Divergenzen auch Varianten ausarbeiten und es

Der «Zimmerwaldner-Gruppe» der Kommissionsminderheit wurde von Kommissionspräsident Peter Vollmer zugesichert, dass ein eigener Programm-Entwurf gemeinsam mit dem Mehrheitsentwurf abgedruckt werden würde. Dieser Minderheitsentwurf aber kam nicht zustande. Mit erheblicher Verspätung, der Drucktermin war schon vorbei, lieferte die Gruppe Tanner / Bürcher / Gross dann eine Stellungnahme der Minderheit sowie Anträge zuhanden des Parteitages ab. Da es sich nicht wie versprochen um einen eigenen Minderheitsentwurf handelte, wurde das später gelieferte Papier nicht dem Programmwurf beigelegt, sondern später verschickt.

tm

müsse dem Parteitag vorbehalten bleiben, die Partei programmatisch zusammenzuführen. Die Kommission einigte sich darauf, sich nicht zum vornherein in kleine, auf Effizienz getrimmte Arbeitsgruppen mit Sonderressorts aufzusplittern, sondern erst einmal in corpore einen Tour d'horizon über Aufgabenstellungen, Problemkomplexe und Konfliktzonen zu absolvieren. Insbesondere sollten Konsensthemen, Streitpunkte und offene Fragen genauer identifiziert und eingekreist werden.

Diese Diskussionen fanden anfänglich in einer entkrampften Atmosphäre statt und erreichten, auch wenn sie nie in allen Teilen befriedigend verliefen, doch analytischen Tiefgang und thematische Breite. Es zeigte sich, wie sehr bisher festgefügte Vorstellungsinhalte und Maximen in den verschiedensten Köpfen aufgebrochen worden waren.

In diesem Moment begann sich zu zeigen, dass die Gruppe der «technokratischen Zentristen» (Vollmer / Strahm / Lutz / Hablützel) an einer Vertiefung der Debatten nicht interessiert war. Sie zog sich immer mehr auf einen schon in der zweiten Sitzung vorgelegten 32teiligen Thesenraster zurück. Was an Diskussionsbeiträgen anfiel wurde als Rohstoff in das Berner Textmanagement eingespeist, fragmentiert, nach Stichworten neu gruppiert und dann auf die nächste Sitzung zusammenmontiert auf je etwa einseitige Texte. Sekretär R. Strahm versuchte dem Kommissionsplenum immer wieder klarzumachen, wie man hier über ein Grundgerüst verfüge, in das, je nach Fortgang der Diskussion, Bauelemente ein- und ausgehängt werden könnten. Etliche Mitglieder fühlten sich bei diesem Baukastensystem unangenehm an die «Leitlinien-Konzeption» vom Parteitag erinnert und redeten gegen die politpädagogisch begründete Parzellierung zusammenhängender Gedankengänge und Argumentationsketten an.

Dieser Raster, der dann unter dem Hinweis auf seinen rein provisorischen Charakter und seine arbeitserleichternde Funktion über mehrere Diskussionsrunden hinweg mitgeschleppt wurde, findet sich heute in etwas modifizierter Form im neuen Programmdossier wieder. Im Nachhinein lässt sich feststellen, dass die technokratische

Mitte des Argument des Termindrucks und der Zeitknappheit mehr und mehr als Mittel einsetzte, um breitere Diskussionen als unnötige Abschweifungen zu diskreditieren. Inhaltliche Differenzen wurden durch das «postindustrielle» Vokabular, welches auf dem Berner Sekretariat virtuos gehandhabt wird, eingeblendet und ungelöste Probleme wurden ausgeblendet. Der Konflikt, der Herauslösung einer «Minderheit», war damit vorprogrammiert. Immer mehr nahmen lebendig-kreative Diskussionen den Charakter von mühsamen Auseinandersetzungen an und etliche Male entgleiste die Debatte ins Gestrüpp formaler Prozeduren.

An einer 2tägigen Sitzung Mitte Juni in Gwatt fand eine Eintretensdebatte über den damals vorliegenden Text statt. W. Linder stellte den Antrag, den Programmparteitag zu verschieben und mit der Verabschiedung des Programms zu warten, weil die ganze Arbeit noch zu wenig ausgereift sei und weil ein blosses «Durchziehen» gerade der heutigen Problemlage nicht angemessen sei. Nachdem Linder seinen Antrag «sistiert» hatte, beschloss die Kommission mit 14:11 Stimmen Eintreten und gab damit «Bahn frei» für Lugano. Ein Teil der Abstimmungsminderheit zog sich daraufhin aus dem Sitzungszimmer zurück und ging umgehend daran, einen eigenen Text auszuarbeiten. Nach einigen unerfreulichen Vorfällen (P. Vollmer versuchte den von der Kommission gutgeheissenen Abdruck der Stellungnahme der Minderheit zu torpedieren) wurde dieser Minderheitstext ebenfalls an die Sektionen verschickt (wenn auch in einer graphisch weniger «gefälligen» Aufmachung als der Dossier-Entwurf).

Das *Minderheitspapier* setzt sich aus 2 Teilen zusammen: ei-

ner Stellungnahme und einem Text.

● Die *Stellungnahme* enthält eine geraffte Kritik am Mehrheitsstandpunkt und mehrere Anträge. Hauptpunkte sind: 1. Lugano ist eine weitere Etappe auf dem Weg zu einem neuen SPS-Programm. 2. Die Diskussion innerhalb der Partei ist, ausgehend von dem von uns vorgelegten Text, weiterzuführen und zu vertiefen.

● Der *Text*, der kein Gegenprogramm sondern eine Standortbestimmung ist, enthält eine Analyse der aktuellen Situation und entwirft dann auf dem Hintergrund eines Selbstverwaltungsmodells eine sozialistische Strategie.

Zusammengefasst lautet unsere Kritik am Mehrheitsentwurf etwa so: Die Fixierung auf eine unrealistische Zeitlimite hatte zur Folge, dass der Dossierentwurf oberflächlich ist und keine Wende mehr markiert. Selbstverwaltung ist zu einem blossen Appendix, zu einer Nebensache degradiert worden. Der postulierte «Bruch mit dem Kapitalismus» bleibt abstrakt.

Die Überführung der Diskussionsresultate in das Thesen-Baukastensystem liess einen Text entstehen, der grundlegende Konstruktionsmängel aufweist und verwirrende Widersprüchlichkeiten enthält. Konsequenzen aus dem veränderten gesellschaftlichen Umfeld, in dem die SPS heute operiert, werden kaum gezogen. Klare Prioritäten fehlen. Der Entwurf gleicht einem «Supermarkt der Ideen», («Steinbruch»). Es finden sich Wegweiser in verschiedene Richtungen.

Er kann deshalb auch nicht als «rechts» klassifiziert werden. Einzelne Passagen sind durchaus akzeptabel. Dass der momentanen Auseinandersetzung zwischen «Mehrheit» und «Minderheit» keine festgefahrene Links-Rechts-Blockkon-

stellation zugrunde liegt, zeigte sich in den bisher stattgefundenen kontradiktorischen Veranstaltungen in Sektionen und Kantonalparteien. Die Kritik am Verfahren stösst hier auf starke Resonanz. Im Zentrum steht dabei die kurze Frist, die nun den Sektionen noch für die Formulierung von Anträgen zur Verfügung gestellt wird – von einer eigentlichen, als Diskussionsphase konzipierten Vernehmlassung, ist schon längst nicht mehr die Rede bei den Exponenten der Parteileitung. (Die Geschäftsleitung hatte dem SPS-Parteivorstand eine Verlängerung der Frist vorgeschlagen, doch die Kantonalvertreter stimmten mit grossem Mehr bei wenigen Gegenstimmen dagegen. Die Red.)

Die Nationalratswahlen vor der Tür

Wir brauchen ein Programm für die Nationalratswahlen 1983: das ist ein auf den ersten Blick stichhaltiges Argument. Doch beim näheren Zusehen verbirgt sich dahinter ein durch Kommerznormen verformtes Politikverständnis. Das gegen teures Geld von PR-Agenturen massgeschneiderte, wahlkampf-tüchtige und wählerwirksame Image bestimmt ja immer mehr den Wahlkampf.

Das zu wählende politische Personal gerät zum Markenartikel. Das Ringen um Wählerquoten beginnt derselben Logik zu unterliegen wie der Kampf um Marktanteile. Und weil sich das Angebot verknappt, immer mehr Leute zu Hause bleiben, spitzt sich der Wahlkampf immer mehr zum regelrechten Verdrängungswettbewerb um die schrumpfende Aktivstaatsbürgerschaft zu. Hier kann noch soll die SPS nicht mithalten.

Natürlich müssen auch wir das Funktionieren der bürgerlichen Öffentlichkeit, der Medien in Rechnung stellen, wenn wir po-

litisch erfolgreich operieren wollen. Doch wenn solche Gesichtspunkte unsere Partei zu bestimmen beginnen, wenn sich solche Trends in unseren «strategischen» Köpfen hineinzufressen beginnen, dann verliert die SPS ihre ureigene historische Tradition und ihre politische Grundsubstanz. Wahlen sind, das zeigt ein Rückblick auf die Geschichte der SP-Programme, kein Grund, den eben erst angelaufenen Prozess der Programmfindung einem verfrühten, abrupten Ende zuzuführen.

Die «technokratische Mitte» hat ein Programm erarbeitet, mit dem sie nach aussen glänzen und zugleich nach innen integrieren möchte. Doch für beides stehen die Aussichten schlecht. Weder lässt sich mit einem solchen Programm die noch immer viel zu fest in blassem Reformismus verhaftete Politik der Fraktion auf Grundsätze zurückführen noch hat ein solcher Text eine Ausstrahlung auf müde / desillusionierte Wähler(innen) oder ausserinstitutionelle Aktivist(inn)en.

Schliesst die SPS die Programmrevision mit der Annahme des Dossier-Entwurfes am nächsten Parteitag in Lugano ab, so vergibt sie sich eine wichtige Chance. Die Partei ist ja nicht deswegen in einer schwierigen Situation, weil irgendwelche «Richtungen» plötzlich zu wenig Verständnis füreinander aufbringen würden. Das Problem steckt viel tiefer.

1959 war es noch einfach, ein Programm zu machen. Auf dem Hintergrund der Krisen- und Kriegserfahrung wurde das rasche wirtschaftliche Wachstum nahezu einhellig als Fortschritt erlebt. Die Wertvorstellungen eines Grossteils der Bevölkerung standen in Einklang mit der damals eingeschlagenen Entwicklung.

Die SPS entledigte sich der systemüberwindenden Dimension

ihrer politischen Programmatik. Sie trat mit 2 Vertretern in den Bundesrat ein und rückte damit endgültig ins Glied der historischen Landesparteien auf.

Da Vollbeschäftigung herrschte, ging es eigentlich nur noch um das Erringen eines «gerechten» Anteils am stetig wachsenden «Kuchen», am expandierenden Sozialprodukt. Die entsprechende Politik ergab sich eigentlich fast von selbst, man hatte zwar, pünktlich auf die Wahlen, bei denen man aber nicht vorwärts machte, ein Programm — aber das konnte getrost in der Schublade bleiben. Heute stecken wir in einer grundlegend anderen Situation. Ein gesellschaftlicher Umbruch ist im Gange, eine wirtschaftliche Strukturkrise führt zu steigender Arbeitslosigkeit. Die Wertorientierungen einzelner Bevölkerungsgruppen driften auseinander. Wachstum ist kein gemeinsamer Nenner mehr. Währenddem einige die defekte Wirtschaftsmechanik möglichst rasch wieder auf Touren zu bringen hoffen und damit die Wirtschaftsprosperität der Nachkriegszeit in eine unbestimmte Zukunft hinein verlängern möchten, reagieren andere immer ungehaltener, wenn sie immer mehr die Beeinträchtigung der natürlichen und sozialen Umwelt am eigenen Leib erfahren. Das ist nur ein Beispiel von vielen. Es ist geradezu logisch, dass solche in Gesellschaft und Politik angelegten Spannungen und Auseinandersetzungen in eine Partei des sozialen Konflikts, wie es die SPS trotz allen Deformationen durch die offizielle Politik im Grunde geblieben ist, hineinverlagert werden. Eine Partei, die immer mehr auch politisch, sozial und kulturell sensibilisierte Menschen umfasst, wird geradezu zum «Verstärker» von Auseinandersetzungen, die in der Gesellschaft erst latent an-

gelegt sind. Zwar kann eine sozialistische Partei heute nicht mehr als monolithische Organisation mit einer homogenen Weltanschauung begriffen werden. Diese Zeiten sind passé. Ideenpluralismus und ein breites Interessenspektrum sind heute Voraussetzungen für eine linke, oppositionelle Politik, hinter die wir nicht zurückgehen können.

Doch jede Partei braucht eine soziale, kulturelle und politische Identität, ohne die sie sich schliesslich in ein Sammelsurium von Anhängergrüppchen verflüchtigen würde. Damit verliert sie aber ihre politische Handlungsfähigkeit. Und eine Zerreihsprobe wird dann die andere ablösen. Wenn wir das nicht wollen, so müssen wir heute mittels eines grundsätzlichen Diskussionsprozesses für den uns die notwendige Zeit nicht reuen darf, einen Klärungsprozess vorantreiben, in dem die Analyse der letzten dreissig Jahre mit ihren fundamentalen gesellschaftlichen Entwicklungen und die entsprechende politisch-programmatische Perspektive einer ihrer Verantwortung gerechtwerdenden sozialistischen Partei eine zentrale Rolle spielen müssen. Die gilt es am kommenden Parteitag zu fordern. Die Anträge der Kommissionsminderheit sind dieser Forderung verpflichtet.

Im Auftrag der Kommissionsminderheit, die (eine offizielle Abstimmung in der Kommission fand bis heute nicht statt) folgende Genossinnen und Genossen umfasst: Kathrin Fahrländer, Arnold Künzli, François Masnata, Rolf Niederauser, Elsbeth Schild, Ruedi Tobler, Otto F. Walter, Elios Georgetti, Verena Bürcher, Andreas Gross, Jakob Tanner, Bernard Beroud.

Jakob Tanner, Verena Bürcher, Andreas Gross.